

Die Vollständigkeit
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.

Verantwortlicher Redakteur
(mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt):
Franz Schlegel, Magdeburg.

Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.

Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6.

Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.

Volkstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Vierteljährlich inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Postgebühren.

Einzelnummern 10 Pf.
Sonntagsnummern 15 Pf.

Zeitungsliste Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 278.

Magdeburg, Freitag, den 27. November 1896.

7. Jahrgang.

Heute liegt bei: Bogen 13 vom Roman
Der Rabob und außerdem Die Frauen-Post.

Der Streik der Hafnarbeiter.

I. Hamburg, den 25. November.

Den Schauerleuten*), die einen Tagelohn von 4,50 Mk., statt bisher 4,20 Mk. verlangen, schließen sich andere Kategorien von Arbeitern an. Im Ausstand befinden sich 5500 Hafnarbeiter, 40 Krahnmeister, 500 Quatarbeiter. Die Kesselreiniger stellen gleichfalls die Arbeit ein, so daß die Zahl der Streikenden auf 7000 steigt. Auch die Gewerführer verlangen eine Lohnerhöhung.

Statt auf eine Einigung einzugehen, ziehen die Arbeiter bereits gemachte Konzessionen zurück; sie halten sich für die Stärkeren.

Aus Bremen und Bremerhafen wird gemeldet, daß die Hafnarbeiter lebhaft für bessere Lohnbedingungen agitieren. In Bremen verlangen sie 5,50 Mk. pro Tag, statt der bisherigen 3 Mk. Die Lagerhausgesellschaft kommt den Hafnarbeitern, die nach neueren Nachrichten sämtlich die Arbeit niedergelegt haben, entgegen und bietet 3,30 Mk. Eine Einigung ist noch nicht erzielt. — Der Vossischen Zeitung geht aus Paris folgender Drahtbericht zu: „Man will wissen, die englischen Trades Unions und Arbeiter hätten Ausstandsfahrer und Geld nach Hamburg und Bremen geschickt, um den Ausstand der Hafnarbeiter zu „schüren“, von dem die englischen Häfen, besonders London, den „Vorteil“ haben würden. Auch in Antwerpen sei ein englischer „Wähler“ eingetroffen, jedoch von den belgischen Behörden sofort ausgewiesen worden.“ Diese „Wähler“!

„Die Großen brechen den Kleinen den Hals.“

Von Zeit zu Zeit, so auch kürzlich wieder, macht in der bürgerlichen Presse irgend ein wirtschaftsstatistischer Wachstumsbericht die Kunde, der die sozialdemokratischen Klassendramatiken über den fortschreitenden Aufzungsprozess der Kleinen durch die Großen Lügen strafen und die Kata Morgana eines neuen Aufschwungs an den Horizont des Kleingewerbes zaubern soll.

Man kann eben mit allem und auch mit der Statistik Unfug treiben, indem man entweder das Zahlenmaterial selbst fälscht, lüdenhaft anführt und unrichtig gruppiert oder doch aus den Daten unrichtige Schlüsse zieht. Nicht bloß mit Drei und Eins und Eins und Drei, wie Repphino sagt, mit der gesamten Arithmetik versteht die kapitalistische Sophistik, „Fictum statt Wahrheit zu verbreiten“. Das Großkapital möchte eben nicht dafür angesehen sein, daß es selbst die kleinen und mittleren Betriebe ruinieren, darum müssen seine Goldschreiber dem Kleinbürgertum und Publikum einen blauen Dunst vormachen und die Schuld an der Bedrängnis des Mittelstands auf andere Leute oder Umstände schieben.

Die Großen brechen den Kleinen den Hals
Und die Größeren den Großen ebenfalls.

Das ist ein ehernes ökonomisches Gesetz, ebenso logisch und empirisch erweislich wie z. B. das Newtonsche Gravitationsgesetz, wonach die größeren Massen die kleineren anziehen.

Wenn gleichwohl viele von den Kleinen sich länger über Wasser halten, als unter den gegebenen Verhältnissen zu erwarten wäre, so hat das seinen Grund in allerlei Praktiken, womit die Kleinen sich zu helfen suchen.

Obenan steht die Lohnrückerei. Um die Konkurrenz mit den Großbetrieben bestehen zu können, schrauben die Kleinen die Löhne so tief herunter, daß man sich wundern müßte, wie sie überhaupt noch Arbeiter bekommen, wüßte man nicht, wie schwer die Sklaverei der Arbeitslosigkeit auf den proletarischen Massen wuchtet. Der erfahrene Großkapitalist weiß, daß allzu unmensliche Lohnrückerei sich am Betrieb selbst rächt und zu seinem eigenen Nachteil ausschlägt; in seinem eigenen Interesse muß er eine bestimmte Grenze innehalten. Der Kleinkapitalist dagegen kennt eine solche Grenze nicht, er zwackt und knapft dem Arbeiter ab, was er nur kann, um seinen ökonomischen Lebensfaden zu verlängern; an frühere Alchymisten und Magier erinnernd, die ein Lebenselixier aus dem andern Gestein abzapften Blut brauen wollten. Auf die Dauer aber kann diese Praktik den Kleinkapitalisten so wenig retten wie jene Lebenselixiere vor dem physischen Tod.

Eine weitere, eigenartige Praktik ist erst kürzlich zu unserer Kenntnis gelangt. Ein Textilindustrieller bezieht Nähmaschinen für seinen Betrieb aus der Maschinenfabrik K. zu Engrospreisen. Da er außer seinem Betriebspersonal

noch eine Anzahl Nähmädchen hausindustriell beschäftigt, verkauft er an diese wieder einzelne Nähmaschinen zu Detailpreisen, so daß er an einer solchen Nähmaschine noch ein höchstes Summen verdient. Er macht also hier einen doppelten Schnitt, er beutet die Mädchen aus als Arbeiterinnen und noch dazu als Konsumenten. Der Wadere macht sogar den Mädchen zur Bedingung, ihre Maschine von ihm zu beziehen, widrigenfalls er ihnen keine Arbeit mehr zukommen läßt. Noch mehr: Als mehrere Mädchen ihre Nähmaschinen direkt von demselben Maschinenfabrikanten, und zwar zu ermäßigtem Preis, bezogen hatten, bedrohte der biedere Textilindustrielle den Maschinenfabrikanten mit dem Entzug seiner Kundenschaft, falls dieser noch einmal von ihm beschäftigten Nähmädchen Nähmaschinen zu ermäßigtem Preis verkaufen und ihm den an den Mädchen gemachten Profit entziehen würde! — Wir enthalten uns jeden Kommentars.

Endlich gehört in dieses Kapitel die beliebte Verlegung der Betriebe aus den Großstädten auf das flache Land, wo die Preise der Lebensmittel, besonders der Wohnungsmieten, erheblich billiger sind, die Arbeitslöhne demgemäß noch tiefer heruntergeschraubt werden können als in der Großstadt, was natürlich die Produktionskosten entsprechend verbilligt. Mit der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes kann ja auf dem Flachland die Befrachtung der Güter ebenso prompt und billig von Station zu Station gehen wie in der Stadt, daher solche Dislokationen neuerdings immer häufiger vorkommen. In manchen Industrien wird zwar nicht der Betrieb selbst auf das Land verlegt, aber es werden allerlei Nebenarbeiten ländlichen Arbeitern übertragen, welche billiger arbeiten können. Mit Vorliebe werden ja darum auch Arbeiter eingestellt, die in der ländlichen Umgebung der Großstadt wohnen und die hohen Mieten unserer großstädtischen Hausagrarier nicht entrichten brauchen. Unsere Eisenbahnverwaltungen kommen ja hierin dem Kapital freundlich entgegen, indem sie Arbeiterzüge zu ermäßigten Preisen einrichten; was von naiven Gemütern lebhaft als Wohlfahrtsmaßnahme für die Arbeiter aufgefaßt wird.

Bekannt ist daran zu ersehen, von wie großer Wichtigkeit es für die Klassenlage der Arbeiter überhaupt ist, daß auch die ländlichen Arbeiter sich organisieren und vom Gedanken der Solidarität erfüllt werden. Organisierte, mit ihren städtischen Kollegen sich solidarisch führende Arbeiter auf dem Lande werden sich nicht zu Preisensinstrumenten mißbrauchen und Arbeitsbedingungen sich anfertigen lassen, die notwendig eine schädliche Rückwirkung auf die städtischen Arbeiter üben müssen.

Schiffbrüchige klammern sich so lange sie können an eine Planke, ein Board, und kämpfen gegen die Wellen, bis ihre Kraft erschöpft und sie versinken. So auch die Kleinbetriebe in der Gegenwart.

Auch gegen den wirtschaftlichen Tod ist kein Kraut gewachsen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 25. November 1896.

Die Beratung der Justiznovelle wurde heute fortgesetzt und um 1/6 Uhr abgebrochen, um zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten über die auf Konsumenten verlegte Umsatzsteuer zu erledigen. Nebel wird die Interpellation begründen. Stolle und Wurm sind als Redner bestimmt. Hauptsächlich ist morgen der Reichstag besser besetzt. Heute waren etwas über hundert Abgeordnete anwesend. Im Abgeordnetenhaus gehts hingegen lebhafter zu — die Diäten ziehen. Die bürgerliche Presse gemahnt die Abgeordneten an ihre Pflicht, die Mandate auszuüben. Der Appell findet aber wenig Beachtung. Geradezu kläglich sind die Pläne der staatsbehaltenden Parteien besetzt. Trotzdem beschließt dieser beschlußunfähige Reichstag munter weiter.

132. Sitzung vom 25. November, 1 Uhr.

Die zweite Beratung der Justiznovelle wird fortgesetzt bei § 244 der Strafprozessordnung (Beweisaufnahme).

Die Kommission hat diesem § 244 folgende Vorschrift zugefügt: „In der Hauptverhandlung vor der Strafkammer in erster Instanz kann das Gericht die Erhebung eines einzelnen Beweises ablehnen, falls es die Thatfache, die dadurch erwiesen werden soll, für unentbehrlich erachtet.“

Die Abgg. v. Mantuffel und v. Buchta (kons.) beantragen die Ausdehnung dieser Bestimmung auf alle Hauptverhandlungen der Land- und Oberlandesgerichte, Abg. v. Strombeck (kons.) will den Kommissionsvorschlag gestrichelt wissen: „Falls es die Thatfache . . . zu Gunsten des Angeklagten für erwiesen oder einräumig für unerschütterlich hält.“

Abg. Munkel (fr. Sp.) beantragt die Streichung des Kommissionszuges.

Abg. v. Strombeck erklärt sich für den Kommissionsbeschluss. Ein eigener Antrag solle in gewissen Fällen einer unentbehrlichen Befähigung des Gerichtes vorbeugen.

Abg. v. Buchta hält im Sinne seines Antrages den Kommissionsbeschluss nicht für ausreichend und bittet um Annahme seines Antrages und des Antrages v. Strombeck.

Abg. Stadthagen (Soz.) erklärt den Kommissionszugesatz für eine unzulässige Beschränkung des Verteidigungsrechtes und spricht sich für den bestehenden Zustand aus.

Abg. Schmidt-Warburg spricht sich für den Beschluss der Kommission aus.

Abg. Munkel (fr. Sp.) führt aus, daß niemand vorher wissen könne, ob eine Thatfache oder eine Zeugenaussage erheblich sein werde. Dagegen biete auch die Einstimmigkeit des Richterkollegiums keinen Schutz. Der Antrag Buchta sei völlig unannehmbar.

Geh. Rat Lukas plädiert für den Antrag Strombeck und bezeichnet den Kommissionsbeschluss als das Minimum, was die Regierung verlangen müsse. Neben anderen seien auch finanzielle Gründe für die Regierung maßgebend. Er bitte dringend um Annahme, mindestens des Kommissionsbeschlusses, damit nicht die Klüft zwischen den Beschlüssen der Regierung und der Kommission so erweitert werde, daß ihre Ueberbrückung in der dritten Lesung auch beim besten Willen nicht mehr möglich sein werde.

Abg. Munkel wendet sich gegen den Vorredner. Finanzielle Bedenken könnten gar nicht in Betracht kommen, da der Angeklagte, der die Zeugen geladen habe, sie auch bezahlen müsse.

Geh. Rat v. Lenthe meint, einen Unterschied in der Behandlung der bereits zum Termine mitgebrachten und der erst während der Verhandlung bezeichneten zu machen, dazu liege gar kein Grund vor.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Stadthagen und v. Strombeck schließt die Erörterung.

Der Antrag v. Mantuffel-Buchta wird abgelehnt, der Zusatz der Kommission mit dem Antrag v. Strombeck angenommen.

Abg. Beckh (Freis. Vpt.) beantragt, an dem Absatz 2 des § 245, welcher lautet: „Ist jedoch ein zu vernehmender Zeuge oder Sachverständiger dem Gegner des Antragstellers so spät namhaft gemacht, oder eine zu beweisende Thatfache so spät vorgebracht worden, daß es dem Gegner an der zur Einziehung von Erkundigungen erforderlichen Zeit gekehrt hat, so kann derselbe bis zum Beschluß der Beweisannahme die Aussetzung der Hauptverhandlung zum Zwecke der Erkundigung beantragen“ hinter „so spät namhaft gemacht“ die Worte hinzuzufügen „oder eine als Beweismittel zu benutzende Urkunde so spät bekannt gegeben.“

Der Antrag Beckh wird angenommen, die Aenderung, die die Kommission an dem Absatz 1 des Paragraphen vorgeschlagen hat, wird abgelehnt, in Bezug auf den Absatz 1 bleibt es also bei dem bestehenden Gesetz.

Die §§ 248, 250, 254a und 264 werden ohne Debatte angenommen, die Beratung über den § 266 wird ausgelegt.

Abg. Dr. Stephan-Beuten (Dir.) beantragt, den § 344 Absatz 1 wie folgt zu fassen: „Die Zurücknahme eines Rechtsmittels sowie der Verzicht auf die Einlegung eines Rechtsmittels kann auch vor Ablauf der Frist zur Einlegung desselben wirksam erfolgen, doch ist der Verzicht bis zum Ablauf der Frist widerrüchlich. Ein von der Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Beschuldigten eingelegtes Rechtsmittel kann ohne dessen Zustimmung nicht zurückgenommen werden.“

Geh. Rat v. Lenthe widerspricht diesem Antrage, ebenso Abg. Günther (nl.).

Abg. Hausmann (Deutsch. Volksp.) hält den Antrag für berechtigt, meint jedoch, daß es besser sei, wenn einem Untersuchungsgefängten die Zeit, die er nach dem Urteil noch in der Untersuchungshaft zubrachte, auf die Strafe angerechnet werde, wenn er innerhalb der rechtlichen Frist Berufung nicht einlege.

Zustizminister Schmidt erklärt, daß er gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden habe.

Abg. Penzmann (Freis. Volksp.) befragt den Antrag Stephan.

Der Antrag Stephan wird mit großer Majorität angenommen.

Zu § 352 wird der folgende Antrag des Abg. v. Strombeck angenommen: „Beschäfte, welche von dem Landgericht in der Beschwerdeinstanz erlassen sind, können, insofern sie Verhaftungen oder die Unterbringung in einer öffentlichen Irrenanstalt betreffen, durch weitere Beschwerde angefochten werden.“

§ 354 bestimmt, daß die Berufung stattdessen gegen die Urteile der Schöffengerichte und Strafkammern in erster Instanz.

Dem § 354 beantragen die Abgg. Beckh und Munkel (Freis. Vpt.) folgenden weiteren Absatz beizufügen: „Die zum Nachteil des Angeklagten eingelegte Berufung gegen ein Urteil der Strafkammer kann nur auf Anführung neuer Thatfachen oder Beweismittel oder darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet ist.“

Abg. Hausmann (Deutsch. Volksp.) giebt seiner Freude über die Wiedereinführung der Berufung Ausdruck. Es sei zu begrüßen, daß die Richter an den Oberlandesgerichten jetzt auch genügend zu thun erhielten, bisher wären derartige Stellen vielfach sinecuren gewesen. Für den Antrag Munkel könnte er sich jetzt noch nicht entscheiden.

Abg. Munkel (Freis. Volksp.) befragt seinen Antrag. So günstig, wie die Berufung für den Schutz der Angeklagten auch ist, es wendet sich doch das Blatt, sobald der Staatsanwalt gegen einen Freispruch Berufung einlegt. Wenn der Staatsanwalt auch ohne weiteres die Berufung einlegen kann, ist von einer Verbesserung der Garantien nicht die Rede. Am liebsten wäre es mir, wenn der Staatsanwalt überhaupt die Berufung nicht einlegen dürfte. Denn wenn der Angeklagte in erster Instanz freigesprochen, in zweiter aber auf Antrag des Staatsanwalts verurteilt wird, steht Instanz gegen Instanz, und in davo pro reo. Jedenfalls muß der Staatsanwalt die Berufung nur aus ganz zwingenden Gründen einbringen dürfen, wenn sich neue Thatfachen ergeben, oder das Urteil auf einer Gesetzesverletzung beruht.

Der Antrag Beckh-Munkel wie auch der Eventualantrag Beckh wird abgelehnt, § 354 wird in der Kommissionsfassung angenommen. Der zurückgestellte § 266 wird angenommen, nachdem Aug. Beckh seinen Antrag hierzu zurückgezogen hat.

Hierauf verlegt sich das Haus am Donnerstag, 1 Uhr. (Sozialdemokratische Interpellationen, betreffend die Steuererhöhung der Konjunktur in Sachsen und die russischen Zollrepräsentanten, sowie Rest der Justiznovelle.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Ueber die geringe Präsenz im Reichstage halten sich die Berliner Neueste Nachrichten auf. Ein Blick auf den Reichstag aber

* Arbeiter, die das Entladen der Schiffe vorzogen.

zeigt, daß keine Partei so schwach vertreten ist als die rechte Seite. Die speziellen Patrone der Berliner Neuzeit fehlen vollständig. Die geringe Präsenz ist die einfache Folge der Diätenlosigkeit bei langen Sessionen, wie sie durch die reaktionäre Regierung...

Kongress der National-Sozialen. (Eigener Bericht)

M. P. Erfurt, den 24. November

Um denen entgegenzukommen, die das Christentum aus dem Programm heraus haben wollen, wird in der Nachmittags-Sitzung 3. nächst folgende Resolution angenommen:

Der Delegiertentag erklärt ausdrücklich, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter P. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man event. in einem Wahlkampf treten könne.

Farrer Naumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Grenze zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht gethan. Die Gedanken müssen erst ausgearbeitet werden.

Der Delegiertentag erklärt, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ethisch an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

furt und nach Begründung durch Frau Braud folgendermaßen gefaßt:

Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne einer großen Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frauen und ihre Zulassung zu solchen städtischen und öffentlichen Stellungen, in denen sie die fürsorgende und erziehende Tätigkeit für ihr eigenes Geschlecht wirksam entfalten können.

Darauf wird der ganze Naumannsche Programmentwurf unter dem Namen Grundlinien und mit den im Laufe des Tages angenommenen nur unwesentlichen Abänderungen mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Um 10 Uhr abends werden die Beratungen auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt. Es soll dann die Organisation des „National-Sozialen Vereins“ geschaffen werden.

M. P. Erfurt, den 25. November.

Die Protestkundgebung gegen die Maßregelung des Pfarrers Werner ist recht zahlreich ausgefallen. Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde folgende farbige Resolution angenommen:

Wir fordern kräftigen und wirksamen Schutz für alle Männer im Dienst des Staates, der Kirche und der Schule, welche gewissenhaft und treu die Pflichten ihres Berufes erfüllen, und ziehen deshalb rücksichtslos alle ungerechten und unbilligen, humanitätswidrigen, fortschrittlichen und freiheitsfeindlichen Maßregeln staatlicher oder kirchlicher Behörden vor den Richterstuhl der öffentlichen Kritik und des öffentlichen Meinens.

Ueber die zu scharfe Organisation referiert sodann Redakteur Oberminder. Er will vor allem den Individualismus aufheben, der die anderen Parteien beherrsche. Wenn wir die Sozialdemokratie ablösen wollen, dann müssen wir beweisen, daß wir vom wahren sozialistischen Geist befeuert sind.

Der zweite Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Der dritte Referent, Pastor Göhre, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein.

Staatsanwalt und Schutzmann her!

Zu dem Kongress der Naumannianer nimmt auch der würdige Stummaner der Hamburger Nachrichten das Wort, seiner vor der ganzen Welt gerichteten alberten Berliner-Manier am liebsten Staatsanwalt und den Schutzmann gegen die Naumannianer bezugnehmend, indem er schreibt:

In Erfurt ist (Sonntag) der christlich-soziale Kongress Naumannischer Richtung eröffnet worden. In dem Berichte über das neu aufzustellende Programm betonte Geheimrat Prof. Dr. Sohn aus Leipzig, die neue Partei wolle an die Spitze der Arbeiterbewegung treten und die Sozialdemokratie ablösen.

In der Bekundung dieser Absicht tritt die Unkenntnis in vollem Umfange zu Tage, welche die christlich-soziale Richtung von dem Wesen der Sozialdemokratie sowie von den tatsächlichen Zuständen und Auffassungen in den Arbeiterkreisen hat. Wenn die Sozialdemokratie von irgend jemand abgelöst wird, so wird dies entweder der volle Anarchismus oder das Säbelregiment sein.

Wir halten die christlich-soziale Partei für durchaus unfähig, der Sozialdemokratie auch nur einen Fuß breit Terrain abzugewinnen. Das Christliche in ihrem Programm würde vielleicht wirksam sein, wenn es sich darum handelte, Bestrebungen zu fördern, die etwa auf Grund der kaiserlichen Verfassung vom November 1881 (II) stattfinden, für den Kampf mit der Sozialdemokratie aber ist es völlig unbrauchbar.

ebenso gut könnte man versuchen, die Revancheeideen der Franzosen durch christliche Argumente zu besetzen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie muß, wenn sie erfolgreich sein soll, mit sehr weltlichen Mitteln erfolgen. Das Soziale in den Bestrebungen der Richtung Naumann-Sohn aber kann nur dazu dienen, die Sache der Sozialdemokratie zu fördern.

Wir sind der Ansicht, daß wenn das Sozialistengesetz und die ihm zu Grunde liegende Politik jetzt noch fortbestände, der Erfurter Kongress nicht sicher wäre, politisch aufgelöst zu werden, und wir hoffen, daß man sich in den maßgebenden Kreisen über die Bedenklichkeit der christlich-sozialen Richtung trotz aller Hochs auf den Kaiser, die auf ihren Versammlungen demonstrativ ausgebracht werden, nicht länger täuscht und entsprechend verfährt.

Also ein neues Ausnahmegesetz, nicht wahr? Es ist nur gut, daß der politische Charlatan der Hamburger Nachrichten ab und zu noch für die Erweiterung seiner Zeitgenossen sorgt.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Am 19. d. Mis. hat die Strafkammer von Mülhausen i. E. den 46jährigen Bäckergesellen Ludwig Götz wegen Verleumdung des deutschen Kaisers zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Götz hat in der Trunkenheit einige ehrverletzende Ausdrücke über den deutschen Kaiser gethan.

Durch die Genbarmerie in St. Ludwig i. E. wurde am Donnerstag Mittag ein aus der Schweiz gebürtiger Zigarrenmacher, der von der Staatsanwaltschaft in Freiburg i. B. staatsbrüchlich verfolgt war, wegen Kaiserbeleidigung verhaftet. Gegen den Verhafteten soll außerdem noch ein Befahren wegen Beamtenbeleidigung anhängig sein.

Er wurde am Freitag Mittag in das Amtsgefängnis Mülhausen eingeliefert. Das Schöffengericht in Halle a. S. verurteilte den Genossen Chr. Fischer wegen unbefugten Haltens einer Grabrede zu 30 Mark Geldstrafe. Der als Zeuge geladene Farrer Knuth sagte aus, er habe nicht gehört, was Fischer gesagt hat, lang sei die Rede auch nicht gewesen, aber sie habe auf ihn und den Friedhofs-Inspektor „einen peinlichen Eindruck“ gemacht gemacht. Wie das Volksblatt für Halle mitteilt, bestand die ganze Rede in den Worten: „Ruhe sanft, Genosse!“ Ob das Landgericht, dessen Entscheid angerufen ist, in diesen paar Worten ebenfalls etwas Strafbares finden wird?

Feuilleton.

101) (Fortsetzung.)

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von E. Spindler.

Jodid wies höhnisch die Zähne. „Wahrlich, ich jage Euch“ sprach er — „Eiher und der lange Alsbürger Knuch sind verfallen dem Scherzhaufen, so die Gerechtigkeit der Dora sie erlitt. Noch ist ihr Ansehen nicht erloschen, aber ganz gewiß wird er nicht ergehen weiser Rathsanwalt, da mich der Herr bestellt hat zum Richter in Euren traurigen Schicksal.“

Ihr aber nehmt zu an Verblendung und Wuth, wie das wachsende Kind an Kraft und Kraft, da Ihr Euch weigert, die in Gesellschaft der Diapyliter gerathene Schatz herauszugeben, um Euer Blut zu retten. Da Tag, der Eure Rathung völlig schließt, ist jedoch noch nicht angebrochen, und der Prophet Knuch, der immer am Euch ist, steht bereit, wie ich verachtet die Last Eurer Sünden. Es ist schier außer Zweifel, daß Du es gewarst, Ben David, der an dem alten Rathschreiber Jodid das Wohlwollen gewagt, das ihn bezaubert in der Falle gelagert.

„Sohn! Sohn! Sohn der Gelehrten und meines Gebets!“ rief er. „Wahrlich! Wohin hast Du verfallen? Bringt doch jeder Augenblick eine neue Plage auf Haut und Haar, jeder Augenblick einen neuen Verlust für den großen Vater! O weh mir! weh mir! warum hab ich gelebt der Jahre zweimal fünfzig und darüber? Warum verliert mich der Gott Davids und Samuels also in meiner Noth, daß ich schonen mag, wie mein Geschlecht langsam verfaßt in Blut, Schande und des Flammens des arabischen roten Mannes! David! David! So wahr Du wägst den Namen des Erleuchteten, den wir heissen, so wahr will ich Deinen Schatzes ein Ende machen, behauene Dein Schatz wider Deinen Namen.“

Jodid! wie hab ich den Namen! Ich will reden, der Jodid will reden und Wahrheit sagen. Schilf! Da vergehe der prächtige Gott Deine Sünde.

„Sohn! Sohn! Sohn der Gelehrten und meines Gebets!“ rief er. „Wahrlich! Wohin hast Du verfallen? Bringt doch jeder Augenblick eine neue Plage auf Haut und Haar, jeder Augenblick einen neuen Verlust für den großen Vater! O weh mir! weh mir! warum hab ich gelebt der Jahre zweimal fünfzig und darüber? Warum verliert mich der Gott Davids und Samuels also in meiner Noth, daß ich schonen mag, wie mein Geschlecht langsam verfaßt in Blut, Schande und des Flammens des arabischen roten Mannes! David! David! So wahr Du wägst den Namen des Erleuchteten, den wir heissen, so wahr will ich Deinen Schatzes ein Ende machen, behauene Dein Schatz wider Deinen Namen.“

Jodid! wie hab ich den Namen! Ich will reden, der Jodid will reden und Wahrheit sagen. Schilf! Da vergehe der prächtige Gott Deine Sünde.

an mich, die Dir nicht abgenommen werden kann, weder durch den Tag der Verjährung und das Kapporah des Heils Hezajel, noch durch die Fäden Esther und Gedalia und die Fier der Tempelzerstörung.“

Der Greis schwieg erschöpft. Ben David verhartete in mühseligem Schweigen. „Nicht um Dein Geschick zu hören, habe ich geredet,“ sprach Jodid mit schadenfreuem Bormwurf zu dem Alten, „am Euch ein Mittel anzugeben vielmehr, das Euch, wenn nicht zur Freiheit und zum Leben, dennoch zu einem härteren Lode verhelfen würde, so Ihr es annehmen wolltet. Denn dem Lode seid Ihr gewiß, wenn Ihr Eure Habe verhehlt, und der Tod in Flammen ist schrecklich. Bekennst Du hingegen, Ben David, daß Du den Alsbürger Knuch erwardest wollest, auf Anstiften und Rathen seiner Ehefrau, so will der Alsbürger selbst ein Jammers einlegen, daß Eure Strafe in die leichteste verwandelt werde, weil er jenen Mörder Gutes zu thun wünscht. Bereist Du Dich, die Gnade des Herrn zu verdienen, so laßt mich gar noch werden beweisen, daß Jodid im Wahnsinn gehandelt, da er den Knaben getrautigt im Keller, und konnte ihm, ob seines Alters Glanz, noch werden geschont das Leben.“

Jodid bejahte sich bei diesen seltsamen Eröffnungen den Kopf, gleich als ob er aus einem bösen, bösen Traum erwachte im Begriffe zu wachen. Ben David hingegen gewann eine Ruhe und Heiterkeit, die gleich sehr gegen den kampfen Jammers des Vaters, wie gegen die befangene Frechheit Jodids abfiel.

„Ich sehe jetzt,“ sprach er recht laut und vernachlässigt, „daß ganz Frankfurt toll geworden. Das Ungehörige frucht mich schier bringen zum Lachen. Wenn jetzt پیشکدوست aufsteige ein Arbeit des Gewässers, und unaufrichtig wärd die Dürrezeit oder Schatzhaufen... was gilt's... der arme David wärd sie geschlohen und jenen Vater geschick haben in den Scherzhaufen. Geh, geh, Du lächerlicher Mann! Da hast gewirkt am heiligen Sabbath zu weite Schritte gemacht im Landesherrlichkeit, denn

an mich, die Dir nicht abgenommen werden kann, weder durch den Tag der Verjährung und das Kapporah des Heils Hezajel, noch durch die Fäden Esther und Gedalia und die Fier der Tempelzerstörung.“

Der Greis schwieg erschöpft. Ben David verhartete in mühseligem Schweigen. „Nicht um Dein Geschick zu hören, habe ich geredet,“ sprach Jodid mit schadenfreuem Bormwurf zu dem Alten, „am Euch ein Mittel anzugeben vielmehr, das Euch, wenn nicht zur Freiheit und zum Leben, dennoch zu einem härteren Lode verhelfen würde, so Ihr es annehmen wolltet. Denn dem Lode seid Ihr gewiß, wenn Ihr Eure Habe verhehlt, und der Tod in Flammen ist schrecklich. Bekennst Du hingegen, Ben David, daß Du den Alsbürger Knuch erwardest wollest, auf Anstiften und Rathen seiner Ehefrau, so will der Alsbürger selbst ein Jammers einlegen, daß Eure Strafe in die leichteste verwandelt werde, weil er jenen Mörder Gutes zu thun wünscht. Bereist Du Dich, die Gnade des Herrn zu verdienen, so laßt mich gar noch werden beweisen, daß Jodid im Wahnsinn gehandelt, da er den Knaben getrautigt im Keller, und konnte ihm, ob seines Alters Glanz, noch werden geschont das Leben.“

Jodid bejahte sich bei diesen seltsamen Eröffnungen den Kopf, gleich als ob er aus einem bösen, bösen Traum erwachte im Begriffe zu wachen. Ben David hingegen gewann eine Ruhe und Heiterkeit, die gleich sehr gegen den kampfen Jammers des Vaters, wie gegen die befangene Frechheit Jodids abfiel.

diese schwächen Gesicht und Verstand. Du bist, ob ein Lügner, ob ein Irtsinniger, gleichviel. Kannst Du mir jedoch bringen wahrhaftige Kunde von Esther, und ein Zeichen von ihr, — ein glaubhaftes, daß sie lebt und frei ist, wenn gleich verfunken im Vaster, dessen Du gedachst, — so soll's Dein Schade nicht sein, ich schwör's auf die Torah, und dieses heilige Gesetz wird mir geben die Kraft, durch mein Gebet des Mädchens Seele abzulenkten vom Bösen, und sein irdisch Teil zu retten von schimpflicher Strafe.“

Jodid warf spöttisch den Mund auf, und ging hinweg, ohne ein Wort zu erwidern.

Ben David näherte sich dem Vater, der wie eine Bildsäule vor sich hinstarrte. „Du willst bekennen, Knach,“ fragte er ihn sanft und sehr leise. „Was willst Du bekennen, da Du nichts weißt, als daß der Knabe nicht gestorben, sondern seinen Freunden wiedergegeben? Sage tausendmal, daß ich unschuldig sei, und Du nicht schuldig, und tausendmal werden sie Dir nicht glauben... selbst dann nicht, wenn ich's wollte und könnte beweisen. Wisse aber, daß ich eher auf der Folter die Zunge verschluckte, ehe ich rede, weil ich gethan ein Gelübde, das ich halten werde fester als ein, das ich in der Schule geleistet.“

Jodid sah ihn fragend und kopfschüttelnd an. „Weh mir!“ jagte er, „ein Eid, und wann hast Du ihn gethan?“

„Er ist noch nicht so alt, als Jodids Besuch,“ erwiderte Ben David, „ich hab' ihn geschworen bei der Sade des Bundes in allerheiligsten meiner Gedanken. Knach!“ sagte er leise flüsternd hinzu, „Knach! ich habe böse gethan, fühle ich jetzt, denn ich habe gehandelt mit Menschenblut. Das Schändliche solcher Beginns ist mir geworden klar, da mir einfiel, wie Esther jetzt hilflos einem gleichen Handel Preis gegeben ist, der vielleicht das Kleid ihrer Ehren in Rot tritt, vielleicht ihr junges Leben erstickt. Darum will ich süßen, und sollt ich ersterben in Graus und Schmerz, nicht durch mein Zuhören den Versuch machen, zu hindern mein Schicksal.“

„Du willst bekennen, Knach,“ fragte er ihn sanft und sehr leise. „Was willst Du bekennen, da Du nichts weißt, als daß der Knabe nicht gestorben, sondern seinen Freunden wiedergegeben? Sage tausendmal, daß ich unschuldig sei, und Du nicht schuldig, und tausendmal werden sie Dir nicht glauben... selbst dann nicht, wenn ich's wollte und könnte beweisen. Wisse aber, daß ich eher auf der Folter die Zunge verschluckte, ehe ich rede, weil ich gethan ein Gelübde, das ich halten werde fester als ein, das ich in der Schule geleistet.“

Jodid sah ihn fragend und kopfschüttelnd an. „Weh mir!“ jagte er, „ein Eid, und wann hast Du ihn gethan?“

Gegen die Freizügigkeit der Arbeiter hat die Kammer der Provinz Brandenburg eine Kundgebung beschlossen. Die Regierung hatte die Frage gestellt, ob es wünschenswert sei, daß das Ausgabegebiet der Arbeiter-Eisenbahnfahrkarten nach Berlin (gegenwärtig im Umkreise von 90 Kilometer) eingeschränkt wird, bezw. welche Begrenzung vorgeschlagen werde? Die Abteilungen für die Landwirtschaft und für das Handwerk sprachen sich entschieden für eine Beschränkung, die erstere für eine solche auf den Vorortverkehr, die letztere für eine Begrenzung von 30 Kilometer aus, die Landwirtschafts-Abteilung erklärte zugleich, daß durch die derzeitige Ausgabe der Arbeiterkarten die Interessen der Landwirtschaft in der Provinz Brandenburg erheblich geschädigt werden.

„Bürgerliche Freiheiten“, erklärte der Reichstagsabgeordnete v. Puttkamer-Blauh in dem konservativen Verein in Danzig, hätten wir genug. So liege ein Bedürfnis zur Aenderung der Militärrechtspflege nicht vor; eine solche sei lediglich eine Konzession an den Liberalismus, der die Disziplin untergraben wolle. Das Wort „Quell“ nahm Herr v. Puttkamer nicht in den Mund; desto deutlicher sprach er von der „Hege gegen den Offiziersstand“, welche deshalb betrieben werde, weil man den Geist der Armee, der ein Bollwerk gegen die Revolution sei, zu unterminieren hoffe.“ Abgestandene konservative Phrasen!

Hinter Schloß und Riegel haben die Herren Vertrauensmänner der konservativen Partei getagt. Kein Lauscher hat sie in ihren Beratungen gestört, und so ist denn nur so viel von ihren Heimlichkeiten ans Tageslicht gedrungen, als die Partei hinausschlüpfen zu lassen für gut befand. Da ist denn vor allem bemerkenswert, daß die Konservativen es für taktisch angemessen halten, vor der Hand ihre Streitart, nämlich den Antrag Kanitz, zu vergraben. Sowohl Graf Mirbach, der Berichterstatter, wie Graf Arnim, der Korreferent, waren der Ansicht, daß dieser Antrag Kanitz seine Schwächen habe, daß er namentlich zur Zeit sich nicht durchführen lasse. Vielleicht nehmen nunmehr die Antikemiten, die sich für diesen Antrag in das Zeug gelegt haben, denselben wieder auf.

Zum Kapitel „Kondemnationen“. Ein Zufall spielte kürzlich, wie der Volkszeitung aus Westpreußen geschrieben wird, einem Lehrer im Regierungsbezirk Danzig ein Schriftstück in die Hände, das an einen Gemeindevorsteher gerichtet war und das um gewisse Auskünfte darüber ersuchte, welches die politische Gesinnung des Lehrers N. sei, ob er diese Gesinnung öffentlich zur Schau trage, welche Zeitungen er lese, mit wem er Umgang pflege, was dem Gemeindevorsteher über das außeramtliche Betragen des Lehrers sonst noch bekannt sei. Die Auskünfte sei durch Vermittlung des Landrats an die Regierung einzufenden.

Behufs Stellungnahme zum Lehrerbildungsgesetz tritt am Sonnabend Nachmittag im Berliner Rathhause der Vorstand des Allgemeinen Preussischen Städte-tages unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Zelle zusammen. Es handelt sich dabei um eine Beratung und Abänderung der bezüglichen Petition, welche dem preussischen Städte-tage schon bei seiner ersten Tagung vorlag. Den abgeänderten Entwurf wird Oberbürgermeister Becker-Köln, welcher auch das Referat in dieser Angelegenheit übernommen hat, dem Vorstande zur Genehmigung unterbreiten.

Der Kultusminister hat unter dem 10. Oktober durch Kirtularerlaß aufgefordert, die geltenden Bestimmungen über die Bildung von Schulpfändern durch einen Zusatz zu ergänzen, nach welchem der definitiv angestellte Lehrer des Ortes jedesmal auch Mitglied des Schulpfandes sein muß. Sind mehrere Lehrer vorhanden, so soll die Regierung einen von ihnen dazu bestimmen. Entsprechende Anordnung ist bezüglich des Eintritts eines Direktors oder Lehrers in die städtischen Schuldeputationen oder Kommissionen zu treffen.

„Unlauterer Wettbewerb“? Wegen angeblichen Verstoßes gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb wurde eine große Anzahl von Schuhmachern bezw. Besitzern von Schuhwarengeschäften in Prenzlau auf das Polizeibureau geladen und ihnen aufgegeben, die Bezeichnung „Fabrik“ auf den Schülern usw., soweit sie im Sinne des Gesetzes nicht zu Recht geführt wird, zu entfernen. Der Begriff „Fabrik“ steht noch keineswegs fest, so daß man gespannt darauf sein kann, was daraus wird, wenn einer von den citierten Fabrikbesitzern in die höhere Instanz geht.

Die Tuberkulose des Rindviehes verursacht der Landwirtschaft großen Schaden, der den aller übrigen Seuchen übertrifft. Behufs Erzielung dauernder Erfolge in der Bekämpfung der Seuche ist zu wünschen, daß im ganzen Reich gleichmäßig mit der Aufzucht und Unschädlichmachung alter Seuchenherde vorgegangen wird. Bei der Vielfältigkeit der hierbei sich berührenden Interessen stößt namentlich die Lösung der Frage über die Entschädigung der „Cluete“ an Tieren und entwertetem Fleisch auf Schwierigkeiten. Zur Vorbereitung einer einheitlichen Regelung der Angelegenheit haben am 13. und 14. Nov. im kaiserlichen Gesundheitsamte Beratungen stattgefunden. Die Verhandlungen, die einen vertraulichen Charakter trugen, haben der Berliner Korrespondenz zufolge wesentlich zur Klärung der Ansichten beigetragen, und es darf angenommen werden, daß es gelingen wird, allmählich die bestehenden Schwierigkeiten, soweit nötig mit Hilfe der Gesetzgebung zu überwinden.

Frankreich. Zur Ausweisung Babels und Suebs. Abg. Guesde (Soz.) hält seine bei der Eröffnung der Tagung der Kammer um einen Monat vertagte Interpellation betreffend die Ausweisung der deutschen Sozialdemokraten Babel und Sueb aufrecht. Die Interpellation gelangt am Freitag zur Verhandlung.

Spanien. Demütigende Nachrichten. Wegen den Spaniern vom Schauplatz des Aufstandes zu

Auf Philippinen seien die „Rebellen“ Sieger geblieben; man fürchtet einen Angriff auf Manila. Ein japanisches Kriegsschiff soll nach den Philippinen gehen.

Bulgarien.

Zu den Sobranje-Wahlen.

Die Wahlagitation ist im Fluße, die Gendarmen und die Regierungsbehörden sind rastlos thätig, aber die Sozialisten rühren sich trotzdem. In der letzten Sobranje saßen zwei Erwählte sozialistischer Bauern aus den rein ländlichen Bezirken von Schumla und Tirnowo, Salafsch, der Redakteur der Zeitung Sozialist und der Zeitschrift Dien (Tag), für den Schumlaer, und Gabrowsky, Redakteur der Tirnowoer Zeitung Befreiung, für den Tirnowoer Bezirk. Sie opponieren wacker, obwohl die Agenten des Ministers Siolkow sie sogar auf der Parlamentstribüne mit den Revolvern bedrohten. Sie kandidieren auch diesmal wieder mit Aussicht auf Erfolg.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

Ueber die Schädlichkeit der Hausindustrie für Tabakarbeiter und Raucher hielt in Danabück kürzlich Genosse Schlüter aus Rehme in öffentlicher Versammlung einen interessanten Vortrag. Nach dem Bericht des Hannoverschen Volkswillen führte der Redner aus: Die fortwährende Zunahme der Hausindustrie in der Tabakbranche, wie sie im westfälischen, insbesondere in der Gegend von Bünde, Lübbecke, Blotho und auch in der Gegend von Danabück hervortrete und mit der niedrigsten Lohnung verbunden sei, mache im allgemeinen die Bewirtschaftung eines Stück Landes als Haupt- und Nebenerwerb und die Mitwirkung der ganzen Familie zum Lebensunterhalt dringend nötig. Das mit der Hausindustrie verbundene zerstreute Wohnen der Tabakarbeiter erschwere jede Organisation, weiter verurliche die Hausindustrie Wohnungsverhältnisse, die für die Gesundheit höchst nachteilig seien. Die Krankheitsstoffe würden sehr leicht auf die Cigarren übertragen und so auch auf das Publikum. Das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit hinsichtlich der Cigarrenarbeit werde gänzlich beachtet. Sehr nachteilig und die Hausindustrie fördernd habe der Beschluß des Bundesrates gewirkt, wonach in den Fabrikräumen nur soviel Arbeiter beschäftigt werden dürfen, daß auf jeden derselben 7 Kubikmeter Luftraum kommen. Neue Fabriken seien deshalb nicht gebaut worden, wohl aber sei die überflüssige Menge der Arbeiter der Hausindustrie weiter zugefallen. Die Versammlung nahm darauf eine Resolution an, die unter Hinweis auf die wirtschaftlichen, gesundheitsschädlichen und sittlichen Schädigungen der Hausindustrie, gleichwie die nachteiligen Wirkungen des vorhin erwähnten Bundesrats-Beschlusses ein Verbot der Hausindustrie als dringendes Erfordernis bezeichnet. Wir möchten den Tabakarbeitern allerorten empfehlen, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. So wenig man an den grünen Tischen auf die Klagen der Arbeiter Rücksicht zu nehmen pflegt, ganz wirkungslos bleiben sie selbst in der Aera Stumm nicht.

Ausland.

10 000 Arbeiter beschäftigungslos.

Die zwei größten amerikanischen Teppichfabriken Smith and Sons in Yonkers und Sandford, Carpet Mills in Amherdam (Staat New York) stellten nach einer der Volkischen Zeitung zugegangenen Mitteilung den Betrieb infolge Ueberladung des Marktes ein. 10 000 Arbeiter sind beschäftigungslos geworden; weitere Betriebs-einstellungen werden erwartet.

Militärische Nachrichten.

Zum Kapitel der Ehrennotwehrr erinnert das Berliner Tageblatt an eine Kabinettsordre König Friedrich Wilhelms III. aus Anlaß der Beurteilung des Lieutenants v. Blücher zu mehrjähriger Festungstrafe, weil derselbe den Schauspieler Stieh durch einen Dolch niedergestochen hatte, als ihn derselbe thätlich angriff bei der Rückkehr von einem Rendezvous mit seiner Gattin, der Schauspielerin Stieh. Der König bemerkte zu der Verteidigung des Lieutenants v. Blücher, er habe sich des Dolches bedienen müssen, um so mehr, als ihm bei seinem schwächlichen Körper kein anderes Mittel zur Erhaltung seiner Ehre übrig geblieben sei, er könne nur dieser unrichtigen und höchst verdamnungswürdigen Ansicht seinlebhafte Mißfallen zu erkennen geben. „Ich will nicht, daß die Offiziere meiner Armee die Aufrechterhaltung der Würde des Standes in der blutigen Ermiderung selbstverschuldeter Beleidigungen suchen, sondern ich fordere von ihnen, daß sie dieselbe durch ein anständiges und sittliches Betragen und durch Unterlassung von Handlungen bewahren, die nach den Gesetzen der Moral und der Ehre gleich verwerflich sind.“

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht) Der Maurer und Schuhmacher Karl Beit zu Sudenburg, geboren 1847, ist sehr oft vorbestraft. U. a. hatte er 1 Jahr 9 Monate Gefängnis verbüßt und wurde am 8 August d. J. entlassen. Er betätigte seine Freude dadurch, daß er einen über den Durst trank und festgenommen werden mußte. Bei seiner Urteilsverkündung beleidigte er den Beamten, der dieselbe ausführte und wurde deshalb mit einem Monat Gefängnis bestraft. — Der Arbeiter Ludwig Strebe zu Hötensleben, geboren 1856, hatte von einem Gewirt eine Kiste mit 4000 Stück Cigarren zur Aufbewahrung erhalten. Als der Eigentümer die Cigarren zurückverlangte, waren dieselben verschwunden, wie Strebe jagte ausgeraucht. Bei der Verwertung durch Verkauf und dem Rauchen der Cigarren sollen sich die Arbeiter Friedrich Gehrke, geboren 1854, und Johann Kowalski, geboren 1861, ebenda, beteiligt und sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben. Der Gerichtsbescheid verurteilt den Strebe mit zwei Monaten, Gehrke mit drei Monaten und Kowalski mit vier Monaten Gefängnis.

Der Handelsmann Wilhelm Müller zu Tuchheim, geboren 1857, hatte im August d. J. eine Strafe von 4 Mark wegen Schulverhütung seiner Kinder zu bezahlen, glaubte aber, dieselbe sei zu Unrecht erlassen. Den Amtsdienster beleidigte er, als derselbe die Strafe einzuziehen wollte, und den Pfarrer stellte er auf der Dorfstraße zur Rede, machte ihm Vorhaltungen und beleidigte ihn in grober Weise, setzte auch der Pfändung Widerstand entgegen. Müller traf wegen dieser Straftaten 6 Wochen Gefängnis. Dem öffentlich Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Vermischtes.

Das Defizit der Gewerbeausstellung. Der Arbeitsausschuß der Berliner Gewerbeausstellung 1896 versendet an die Garantielandszeichner ein Rundschreiben, durch welches dieselben zur Zahlung von zunächst 30 Prozent der gezeichneten Beträge aufgefordert werden.

Wegen Veruntreuung von 70 000 Mark wurde in Paris der Kontrolleur der Banque de Paris et des Pays-Bas, Henri Mangard, verhaftet. Mangard hatte das Geld auf Kesselpfänden und im Börsenspiel verloren.

Der Chedfälscher Pfeilschmid aus Greiz, der die Kantonalbank in Zürich um 27 000 Fr. beschwindelte, wurde in Newyork verhaftet. Er hatte sich bereits ein Haus mit Wirtshaus gekauft.

Drei etarne Brände im Arbeitshause des Kreisgerichts-Gefängnisses in Brüg wurden am Montag sechs Sträflinge verletzt. Die Ursache des Brandes ist wahrscheinlich auf heimliches Tabakrauchen zurückzuführen.

Der völlig erblindete Newyorker Millionär Charles Roux hat Edison 1 000 000 Dollar versprochen, falls er ihm sein Augenlicht wieder verschaffe. Es handelt sich aber um Atrophie der Augennerven.

Kanibalismus. Der Postdampfer Alameda ist von Sidney in San Francisco eingetroffen und berichtet, daß nach der Meldung des auf Erkundigung ausgesendeten Zollkutters Vili Rod elf Bergleute auf den Salomon-Inseln von den Eingeborenen gefangen und bei einem großen Fest erschlagen und verzehrt worden sind. Sechs von den Unglücklichen waren Engländer, fünf Australier.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 28. November 1896.

Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter zieht die weitesten Kreise in Mitleidenschaft, wie aus folgendem Rundschreiben der Firma Cohrs u. Unms in Hamburg hervorgeht, welches die Firma an ihre Kunden im Inlande und auch an hiesige Geschäfte versandt hat:

Hamburg, den 25. November 1896.

Hierdurch müssen wir leider zu Ihrer Kenntnis bringen, daß der Streik der hiesigen Hafenarbeiter seit heute mittag ernstere Formen angenommen hat, insofern, als nun auch die Schuttenführer die Arbeit eingestellt haben. Während bis jetzt durch Ersatzmannschaften die Be- und Entladung der Schiffe — wenn auch mit mehr oder weniger großer Verzögerung — bewerkstelligt und der Verkehr noch einigermaßen aufrecht erhalten wurde, so werden jedoch dadurch, daß die Abnahme und Anlieferung der Güter von resp. zu den Seeschiffen zur Schute bis auf weiteres nicht mehr stattfinden kann, die Expeditionen weiterhin sehr erschwert und teilweise unmöglich gemacht. Besonders werden hiervon solche Waren betroffen, die für oberelbische Flußfähne bestimmt oder mit solchen hier angekommen sind, und sonst per Schute geliefert werden.

Ueber die weiteren Vorgänge, deren Tragweite einstweilen nicht abzusehen ist, werden wir nicht verfehlen, Sie zu unterrichten und zeichnen

Hochachtungsvoll (Firma).

Mit schwerem Herzen bestätigt die Hamburger Firma das solidarische Verhalten sämtlicher Hamburger Hafenarbeiter. Mögen dieselben nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter appelliert haben.

Man muß es der hiesigen Presse nachsagen: sie versteht ihr Publikum zu dreistern. Bekanntlich plant der Magistrat die Lustbarkeitssteuer; er ist auf diese Steuer zurückgekommen, weil die Finanzlage der Stadt die Erschließung neuer Steuerquellen gebietet. Es stehen bedeutende Ausgabehöhen bevor: auch außerordentliche besondere Aufwendungen. Welcher Art sind dieselben? Die hiesige Presse teilt hierüber nichts näheres mit. Wie jedoch aus der Vorlage des Magistrats hervorgeht, werden besondere Aufwendungen

aus Anlaß der Kaiserdenkmals-Entthüllung notwendig. Die Gesamtheit der Steuerzahler wird also zu Ausgaben genötigt, deren Wert sehr zweifelhaft ist. Wir Sozialdemokraten widerlegen uns dieser Ausgabe auf das Entschiedenste. Wer Denkmäler bauen will, mag dies aus eigenen Mitteln thun. Für notwendige kommunale Ausgaben, für den Ausbau der Schule, bessere Besoldung der Lehrer und Beamten treten wir freudig und willig ein, aber mit Denkmälern bleibe man uns vom Leibe.

Die Einigung am städtischen Scheidebuche bei Nothenste in dem Fuhrherrn Otto Leeb übertragen worden. Der Pachtzins beträgt 50 Mark. Auf die Einigung hatten 8 Personen reflektiert. Das niedrigste Angebot betrug 10 Mark.

Die Kunstpfähle an der Ecke der Schiffer- und Moldenstraße, am Weinhof und am Thranenberg sollen beiseite geräumt werden.

Der Bau einer Turnhalle und eines Schuldiener-Wohnhauses auf dem Grundstück der mittleren Töchterchule soll in Angriff genommen werden. Die Kosten belaufen sich auf 45 000 Mark.

Auf dem Wege der Enteignung soll ein Teil des geschlossenen Aderguts Schönebenderstraße 7 und 7a zur Vergrößerung des neuen Friedhofes für Busau erstanden werden. Der Magistrat hat für 25 ar 5000 Mark geboten, welches Gebot die Erben nicht acceptieren.

Eine Umwandlung der öffentlichen Beleuchtung der Altstadt mit Gasglühlicht wird geplant. Die Kosten würden sich auf 20 400 Mark belaufen.

Zur Sebung der Obstkultur gedenkt vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten die Garten-Deputation einen praktisch und theoretisch bewährten Obstgärtner mit einem Anfangsgehalt von 3000 Mark anzustellen.

Die eiserne Disziplin der Sozialdemokratie hat unseren Gegnern wieder einmal Bewunderung entlockt. Sie können nicht begreifen, daß die Sozialdemokraten der Versammlung im Hofgärtner geblieben sind, trotzdem die Sozialdemokratie mit den Bewegungen der Armenier unpopulär ist. Wir haben schon einmal erklärt, keine Drahtpuppen zu sein. Wollten die Herren die Hilfe der Sozialdemokraten, so hätten Sie deren Vorkühnen gestatten müssen, die Anschauungen der Partei klarzulegen. Mit den Werken der Barmherzigkeit ist hier verteuft wenig gethan. Unsere Forderungen spielen sich wesentlich anders zu. Wenn unsere Gegner mit uns sachlich diskutieren wollen, schäden wir die Diskussion nie aus, vorausgesetzt, daß die Bedingungen, die wir an eine freie Aus-

Sprache kräftigen, erfüllt werden. Von der bürgerlichen Gesellschaft hat die Sozialdemokratie sich emanzipiert und alle Verlockungen...

Sobald das Geld im Kasten klingelt, die Seele in den Himmel springt. In diesen Spruch wurden wir erinnert durch...

Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist, wie mitgeteilt, dem Reichstage zugegangen. Das umfangreiche Druckstück...

Fürchterliche Rache planen die Bäckermeister. Die sogenannte Weihnachtsspende der Bäcker an ihre Stammkunden soll...

Unfälle. Der Arbeiter Wilhelm J. aus Hakenstedt ist von seinem Fuhrwerk überfahren worden und hat dabei einen komplizierten Ellenbogenbruch erlitten.

Nachher. (Die Bräuterei findet Nachahmung.) Der Fall Bräuterei hat einen Kriminalkommissar G. in Nachen, einem ehe-

Dom. (In Freiheit gesetzt.) Die wegen der Schlägerei mit den Mannen verhafteten fünf Missethäter wurden heute abend in Freiheit gesetzt.

Wien. (Die gefürchte Hochzeitsfeier.) In dem fieslen Türnich brach während einer Hochzeitsfeier Streit unter den Hochzeitsgästen aus.

Mainz. (Vergiftet.) Der Komiker Schulte unterwarf seinem 19-jährigen Sohne Schauspieler zu werden. Daraus vergiftete sich der junge Mann.

Spandau. (Mit einem Spaten zu Boden geschlagen.) Von zwei Kettfahrdieben wurde auf dem freien Felde bei den Weinbergen der Feldhüter Brandel angegriffen.

Neueste Nachrichten.

Hamburg. Die Maschinenführer, Kraftführer und Quaiarbeiter verpflichteten sich, den Streik der Hafenarbeiter moralisch und pekuniär zu unterstützen.

Bremen. 500 Hafenarbeiter streiken. Zu dem Angebot der Lagerhaus-Gesellschaft wird heute Stellung genommen.

Litteratur.

Der sozialistische Akademiker (Berlin, Hans Baake) bringt in seinem letzten erschienenen November-Heft folgende Aufsätze: Herr von Braunich, Das Duell, und was daran hängt.

keine Richtung des Sozialismus. — J. Stern, Neue Studentenliebe. — Hugo Ernst Schmidt, Die Neu-Bealisten. — J. N. Potapenko, Die Herzin. — Mundschau: Von den Hochschulen. — Frauenstudium. — Streifzüge und Streitfragen. — Litteratur: In der Reueuen. — Notizen; sowie ein Porträt von William Morris. Preis: 50 Pf., Retail 1,30 Mk. (Postzeitungs-Katalog Nr. 6512).

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Arbeiter-Gesangverein Neustadt. Die Übungsstunde findet nicht Donnerstag, sondern Freitag statt. — Achtung! Die seiner Zeit angekündigte öffentliche Gewerkschaftsversammlung findet am Dienstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr bei Müller, Tischlerstraße statt.

Öffentliche Versammlung aller an der Elbe beschäftigten Personen in der Saale des Herrn Müller, Tischlerstraße, in welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Neustädter Hafen und an der Elbe eine Kritik unterzogen werden und erjüchen die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Sonnabend, den 28. November. Vereinigung der Deutschen Schmiede (Filiale Magdeburg). Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Central-Herberg, Kleine Klosterstraße 15/16. Verein graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschland (Zahlstelle Magdeburg). Abends 8 Uhr Monatsversammlung in der „Burghalle“, Tischlerstraße 28. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Filiale Buckau. Jeden Sonntag abend Zahlabend bei Bethge, Thienstraße 13.

Table with 4 columns: Location, Date, and numerical values. Locations include Elbe, Dresden, Torgau, Wittenberg, Köslau, Barby, Schönebeck, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Dömitz, Pegel, Rauenburg.

Privat-Telegramm der Volksstimme. Berlin (Reichstag), 26. November 1896. 2 Uhr 35 Min. Bebel hielt eine ausgezeichnete einjündige Rede gegen die Umsatzsteuer der Konsumvereine.

Zum Hausschlachten! alle Sorten Därme und Gewürze, frische Schweinslebern. Th. Steffens Nachf., Alter Viehhof.

Erstes Solinger Stahlwarengeschäft von Ernst Klesper, Breiteweg 258. Ichrag gegenüber dem Scharnhorstplatz.

Krankenpflege-Artikel. Hierdurch die ergebene Mitteilung, das im Särplas 4 ein Spezial-Geschäft in künstlichen Gliedern, Strickbändern, Leibbindern, Geradenhalteru eigener Fabrikate, sowie Gummiwaren, Verbandstoffen und chirurgischen Instrumenten eröffnet habe.

Achtung! Neu eröffnet. Achtung! Barbier- und Friseurgeschäft. Aug. Brennecke, Barbier und Friseur.

Donnerstag, den 3. Dezember: Abends-Vorstellung. Cirkus A. Krembsen. Brillante Vorstellung.

Ehren-Abend des Hrn. Dir. A. Krembsen mit musikalischen Programmen.

Öffentliche Versammlung aller an der Elbe beschäft. Personen am Sonnabend, den 28. d. M. abends 8 Uhr.

Wieder eingetroffen: Deutsche Pulver-Ring und das Militär-Pulvergeschäft. Von Georg Fendlyer. Agitations-Ausgabe 50 Pfennig.

Stellen-Angebote. Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16).

Heinr. Schütze. Sadau, Coquiststraße 19. empfiehlt alle Sorten Uhren in größter Auswahl.

Regulatoren. Schon b. 18 Mk. an, mit Schlagwerk. Reparaturen werden auf das sorgfältigste ausgeführt.

Pappnageln, Korbbühle. Sortwaren aller Art am billigsten. Breite Weg 15-17 der Post.

Schmer Seleghenbräu! 2 malochliche Flaschenarbeiten für nur 15 und 22 Mk. (bez. 24 Mk.), sowie 2 hochgelagerte Gebett Betten in rotem Atlasstoff.

Brennholz! Mit bestem Brennwert haben jedes Quantum billigst abgegeben.

Schlachtfest. abends frühe Nacht bei Kollentz, Kollentzstraße 57.

J. Wydra. zu ihrem besten Siegenzische ein bewunderndes Lob, das die Wirtin mit dem köstlichen Kaffee trug!

Stellen-Gesuche. Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16).

Concordia-Theater. Täglich große Künstler-Vorstellung. Stadt-Theater.

Wilhelm-Theater. Freitag, den 27. November: Gastspiel des Wiener liegenden Balletts.

Kuchenzettel der Haushaltungsgesellschaft des Damenheims. Bräutigamweg 22.

Kuchenzettel der Magdeburger Volksküchen. Sonntag: Grüne Bohnen in Hammelfleisch.

Standesamt.

Magdeburg, den 25. November 1896. Aufgebote: Bergmann Wilhelm Jakob Christ. Gaebe mit Emma Minna Marie Schröder in Schmiedlingen.

Todesfälle: Adelheid, T. des Maschinenheizers Heinrich Boier, 5 des 26 J. Friederike geb. Winnegut, Wwe. des Weichenstellers Friedrich Wieprecht.

Magdeburg, den 25. November 1896. Aufgebote: Materialist Joh. Friedr. August Witte mit Marie Elisabeth Wiechmann hier.

Magdeburg, den 25. November 1896. Aufgebote: Schlosser Heintz Louis Franz Wieprecht mit Bertha Anna Emma Minna Schönmack hier.

Magdeburg, den 25. November 1896. Aufgebote: Arbeiter Konrad Adolph May Pera mit Anna Auguste Klara Fiedler.

